



## Vorsitz

**Bischof Dr. Ludwig Schwarz SDB**

**27. November 2001 bis 17. Jänner 2016**



# Inhalt

VORWORT .....	3
GRÜNDUNGSGESCHICHTE .....	4
MEILENSTEINE .....	5
Finanzrichtlinien – Selbstverpflichtung – Spendengütesiegel .....	5
Studentag der Österreichischen Bischofskonferenz 1996 .....	5
Von der internationalen Verschuldung zu einer Kampagne zur Entschuldung .....	6
Leitlinien .....	6
Armutsbekämpfung/nullkommasieben Kampagne .....	7
Handbuch Mission 2005 .....	7
Studentag Mission und Religionsfreiheit 2008 .....	8
Spendenabsetzbarkeit .....	8
Internationale Kampagne „KLIMA FAIR BESSERN!“ .....	8
Internationale Konferenz zu HIV und AIDS vom 18. – 23. Juli 2010 in Wien .....	9
MDG Gipfel in New York. Afrikanische Bischöfe in Wien 2010 .....	9
UN-Konferenz Rio+20 .....	10
FACHTAGUNG WELTKIRCHE 2012: „Christsein in Minderheit“ .....	10
Apostolisches Schreiben „Evangelii gaudium“ .....	11
Reflexion der Entwicklungspolitik – „Paradigm shift“ .....	11
100-stündige Mahnwache gegen die Budgetkürzungen .....	11
Internationales Seminar im Vatikan .....	12
Religionsführer appellieren an UN-Klimagipfel 2014 .....	12
Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus .....	12
Gender Diskussionspapier – Einsatz für die gleiche Würde von Frauen und Männern .....	13
KOO Diskussionspapier Missionarische Zusammenarbeit .....	13
Nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals SDG) .....	14
Pariser Klimaabkommen: Erfolg ohne Fairness für die Ärmsten .....	14
DIE LEISTUNGEN DER KATHOLISCHEN KIRCHE .....	15
VON 1964 BIS 20014 FÜR DIE WELTKIRCHE .....	15
STATEMENTS VON BISCHOF LUDWIG SCHWARZ .....	16
FINANZEN DER KOORDINIERUNGSSTELLE .....	24

# VORWORT

## Internationale Verantwortung der Kirche Österreichs für die Welt

Liebe Leserin! Lieber Leser!



Bischof Dr. Ludwig Schwarz hat als Referatsbischof für Weltkirche und als Vorsitzender der Koordinierungsstelle in den Jahren 2002 bis 2016 für Kirche und Welt eine große Verantwortung gezeigt. Diese Zeit war im Laufe der Geschichte eine sehr erfolgreiche für das Engagement für die Weltkirche. Wesentliche Initiativen wurden umgesetzt, in dieser Borschüre möchte ich einige Meilensteine näher beleuchten und vertiefen.

Dr. Ludwig Schwarz und seine verstorbenen Vorgänger, Weihbischof Dr. Jakob Weinbacher, Kurien-Erzbischof Alois Wagner, Weihbischof Florian Kuntner und Weihbischof Dr. Heinrich Fasching sind und waren in der Katholischen Kirche unseres Landes Repräsentanten und Garanten dieses grenzüberschreitenden Weges einer weltweiten Solidarität und Geschwisterlichkeit.

Bischof Dr. Ludwig Schwarz hat am 27. November 2001 den Vorsitz von Weihbischof Dr. Heinrich Fasching während der 137. Sitzung der Leitung übernommen, am 11. Februar 2002 seine erste Leitungssitzung als Vorsitzender geleitet (das war die 138. Sitzung) und bis heute für insgesamt 54 Sitzungen der Leitung der Koordinierungsstelle verantwortlich gezeichnet. In dieser Zeit haben 32 Sitzungen der Vollversammlung stattgefunden. Bischof Ludwig Schwarz hat jedoch seine Karriere in der KOO bereits am 5. Juli 1999 als Vertreter von Missio Austria in der KOO Vollversammlung begonnen. Am 21. März 2000 wurde er dann in die Leitung der KOO gewählt.

Für Bischof Dr. Ludwig Schwarz, war die Sache klar: Er hatte großes Vertrauen in die Organisationen der Koordinierungsstelle und verließ sich auf ihr Fachwissen. Seine Aufgabe war es, Impulse zu geben, zu ermutigen und pastoral zu begleiten. Er wurde nicht müde, die Mitverantwortung seiner Bischofskollegen, der Bundesregierung und aller Katholiken für die spirituellen und materiellen Nöte auch der fernen Nächsten zu betonen.

In seiner Funktion als Vorsitzender hat Bischof Ludwig Schwarz über 70ig Mal für Mission und Entwicklung seine Stimme erhoben. So erinnerte er wiederholt daran, dass die Verkündigung des Evangeliums unter allen Völkern und Kulturen "der beste Dienst ist, den die Kirche den Menschen leisten kann". Die Verkündigung des Evangeliums sei untrennbar mit dem Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden verbunden. Darauf komme es wesentlich an, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden.

Mit herzlichen Segenswünschen

Heinz Hödl  
Geschäftsführer der Koordinierungsstelle

Wien, im Juni 2016

# GRÜNDUNGSGESCHICHTE

Als die Katholische Frauenbewegung Österreichs 1957 beschloss, die Aktion „Familienfasttag“ durchzuführen, war dies nicht die erste weltweite Entwicklungsaktivität auf nationaler Ebene der Katholischen Kirche Österreichs. Bereits vor über 150 Jahren wurden die Päpstlichen Missionswerke gegründet. 1947 folgte die Gründung der MIVA in Österreich durch Karl Kumpfmüller. Er war es auch, der 1954 der Katholischen Jungschar vorschlug, den alten Brauch des Sternsingens aufzugreifen, neu zu beleben und für die Mission Geld zu sammeln. Ähnlich die Entwicklung in der Katholischen Jugend: Der Arbeitsschwerpunkt 1957 „Christi Reich zu allen Völkern“ führte konsequent und nahtlos zur intensiven Befassung mit dem Hunger in der Welt. Die Katholische Männerbewegung begann 1959 mit der Aktion „Bruder in Not“. Diese vielfältigen Aktivitäten verlangten nach einer Koordination.

Der Bundesführungskreis der Katholischen Jungschar beschließt bereits 1961 der Bischofskonferenz die Schaffung einer gesamtösterreichischen Stelle zur Koordinierung der Hilfsansuchen der Missionen vorzuschlagen. Begründung: „Die Entwicklung der Dreikönigsaktion ist durch eine Zunahme des äußeren Glanzes und Erfolges bei einem gleichzeitigen Anwachsen der inneren Problematik gekennzeichnet. Das jährliche Sammelergebnis hat sich verdoppelt.“

## 1963 gibt es 3 Einrichtungen mit koordinierender Funktion:

- a) Missionsrat: die Päpstlichen Missionswerke mit den missionierenden Orden
- b) Die Arbeitsgemeinschaft der Katholischen Aktion Österreichs hat am 10. Mai 1963 einen gesamtösterreichischen Arbeitskreis für Entwicklungshilfe gegründet. Aufgaben sind gegenseitige Information, Koordination und Hilfeleistung.
- c) 1963 entstand das interministerielle Komitee zur Förderung der Entwicklungsländer im staatlichen Bereich. Die öffentlichen Mittel wurden damals vom Finanzministerium, vom Bundeskanzleramt und von einigen Ministerien vergeben. Das AAI Kuratoriumsmitglied Dr. Ottillinger, sah die Notwendigkeit, dem vom AAI eine Koordinierung gegenüberzustellen, um die Leistungen der Kirche mit ihren angegliederten Organisationen auch vom Staat entsprechend gefördert und unterstützt zu bekommen.

## Beschlüsse in der Bischofskonferenz

Am 30. Mai 1963 entsteht ein umfassendes Strategiepapier bzgl. dieser Fragen und der Bischofskonferenz wird folgendes vorgeschlagen:

Das AAI wird seitens der Bischofskonferenz mit der Koordinierung aller mit der Entwicklungshilfe im Zusammenhang stehenden Fragen betraut und es wird beauftragt, alle Organisationen und Institutionen einzuladen, um mit ihnen über einen Vorschlag zur Gründung der Koordinierung im AAI zu verhandeln.

Kardinal Franz König hat sodann am 27. September 1963 das AAI beauftragt, im Rahmen des AAI die Koordinierungsstelle der Katholischen Kirche Österreichs zu errichten. In der Herbstkonferenz im Oktober 1963 haben die Bischöfe Österreichs die Koordinierungsstelle für Entwicklungshilfe auf Vorschlag des AAI beschlossen.

## Erste Sitzung der Koordinierungsstelle am 9. Jänner 1964

Bei der ersten Sitzung der Koordinierungsstelle am 9. Jänner 1964 waren Weihbischof Dr. Jakob Weinbacher als Vorsitzender und folgende Organisationen vertreten: AAI, Arbeitskreis Bauorden, Caritas, Frauenbewegung, Jungschar, Arbeiterjugend, Katholische Jugend Burschen, Kolpings Familie, Landjugend, Männerbewegung, Missionsorden, Pax Christi, Katholische Jugend Mädchen.

Als Aufgaben der Koordinierungsstelle sind Koordinierung und Information festgelegt. Sie hat nicht die Vertretung der einzelnen Organisationen nach Außen inne, ausgenommen gegenüber staatlichen Stellen bei Vergabe von Mitteln für Entwicklungshilfe. Die hochwürdigsten Bischöfe haben weiter beschlossen, alle einlangende Hilfsansuchen an die Koordinierungsstelle weiterzuleiten.

#### Damalige Begründung und Notwendigkeit

Die Notwendigkeit ergab sich aus den sich rasch entwickelnden neuen Organisationen Familienfasttag, Dreikönigsaktion, Landjugendwerk, Bruder in Not, wie auch aus der staatlichen Situation. Nicht zu vergessen ist, dass damals die Ansuchen für Projekte zu einem großen Teil direkt an die hochwürdigsten Bischöfe gesandt wurden. Einerseits war man mit dem tollen Ergebnis der Sammlungen überrascht und andererseits mit den oft unbekannten Ansuchen überfordert. So wurde bei der ersten Sitzung der Koordinierungsstelle am 9. Jänner 1964 die Diskrepanz von Werbung und Verwendungszweck, die eigentlich eine Irreführung der Spender sei, diskutiert.

---

## **MEILENSTEINE**

### **Finanzrichtlinien – Selbstverpflichtung – Spendengütesiegel**

Bis Ende der 70er Jahre war die Katholische Kirche praktisch die einzige Institution, die im Rahmen traditioneller Sammlungen Spenden für die „Dritte Welt“ erbat. Das änderte sich in den 80er Jahren, als vor allem aus den USA teilweise zweifelhafte Organisationen die Spendenfreudigkeit in Österreich entdeckten. Es stellte sich bald heraus, dass wegen mangelnder Transparenz diese neuen Organisationen – aber auch wegen eigener Informationsmängel – eine Kritik der sogenannten „schwarzen Schafe“ nur schwer möglich war. Um sich von diesen sogenannten „schwarzen Schafen“ abzugrenzen, blieb nur die Offensive – nämlich eine möglichst weitgehende Transparenz und Offenlegung der eigenen Arbeit und Finanzgebarung der spendensammelnden KOO-Mitglieder zu erreichen. Daher haben die Mitglieder der Koordinierungsstelle Richtlinien für eine Selbstverpflichtung ausgearbeitet.

In der Selbstverpflichtung sind Grundsätze, wie wirksame und sparsame Verwendung der Spenden, hohe ethische Ziele und die unabhängige Prüfung und Kontrolle durch beeidigte Wirtschaftsprüfer festgelegt. Die Selbstverpflichtung hat in den folgenden Jahren wesentliche Impulse für die Ausarbeitung des Spendengütesiegels gegeben. Die Organisationen der Katholischen Kirche können bei ihrer Arbeit auf die lokalen kirchlichen Strukturen zurückgreifen und so eine Hilfe leisten, die ankommt, ohne großen administrativen Aufwand.

### **Studentag der Österreichischen Bischofskonferenz 1996**

Die konkrete kirchliche „Dritte Welt Arbeit“ in Österreich wird vor allem von Laien geleistet und ohne sie wäre sie auch nicht möglich. Ob und wie diese Aufgabe innerhalb des kirchlichen Rahmens erfüllt wird, hängt davon ab, wie die Diözesanbischöfe bzw. die Bischofskonferenz in der Praxis ihre Letztverantwortung handhaben, die ihnen auch in diesem Bereich nach dem Kirchenrecht zusteht. Vor dem Beginn der Frühjahrssitzung der Bischofskonferenz fand daher am 25. März 1996 ein Studienhalbtag über „Die Kath. Kirche in Österreich und ihre Entwicklungszusammenarbeit mit der Dritten Welt“ statt. Das Einleitungsreferat hielt Weihbischof

Leo Schwarz aus Trier als Mitglied der Kommission Weltkirche der Deutschen Bischofskonferenz. Weihbischof Leo Schwarz zog Bilanz über vier Entwicklungsdekaden: auf der positiven Seite stehen die vielen Allianzen der Guten, die Gewissensschärfung der Gläubigen und die Erkenntnis, dass wir nicht nur geben, sondern auch viel von den Partnern im Süden empfangen. Es gibt aber auch Defizite: Die Nord-Süd-Kluft ist größer geworden, das Drama des Hungers und die Strukturen des Unrechts sowie zahlreiche Hindernisse für die Entwicklung bleiben bestehen, z.B. die Verschuldung der Entwicklungsländer, die nationalen und internationalen Fluchtbewegungen, der internationale Waffenhandel, die Umweltzerstörung und fundamentalistische Strömungen im Islam.

### **Von der internationalen Verschuldung zu einer Kampagne zur Entschuldung**

1995/1996 wird ein gesamtösterreichisches Bildungsprogramm zum Thema der „Internationalen Verschuldung“ und 1996 eine Kampagne zur „Entschuldung der ärmsten Länder des Südens“ durchgeführt. Die Koordinierungsstelle fördert und koordiniert die Bildungsarbeit und Anwaltschaft zum Thema „Entschuldung“. Dazu wurden Bildungsmaterialien erarbeitet und den Mitgliedern zur Verfügung gestellt. Ein internationales Positionspapier veröffentlicht und öffentliche Verantwortungsträger – vor allem Ministerien und Parlamentarier – mit dem Anliegen konfrontiert. Auch die Österreichische Bischofskonferenz hat das Anliegen in einer Erklärung in der Herbstkonferenz 1996 unterstützt.

Ein Beispiel ist die vor allem von den christlichen Kirchen getragene internationale Erlassjahr-2000-Kampagne für eine Entschuldung der ärmsten Länder des Südens, für die sich auch Papst Johannes Paul II. immer wieder einsetzt.<sup>1</sup> In Köln wurden an den deutschen Bundeskanzler Schröder 17,1 Millionen Unterschriften aus 160 Ländern überreicht. 63.310 Unterschriften davon kamen aus Österreich. Wenn die Verantwortlichen der Politik und Wirtschaft der reichsten und mächtigsten Industrienationen durch Menschenketten von zigtausenden Personen aus vielen Ländern aller Kontinente und durch 17 Millionen Unterschriften auf die negativen Auswirkungen der Verschuldung hingewiesen werden, wird ein neues Selbstverständnis des Christseins sichtbar. Die Funktion der entwicklungsrechtlichen Anwaltschaft wird permanent in der KOO verankert.

### **Leitlinien**

1980 hat die Koordinierungsstelle Ziele, Grundsätze und Maßnahmen für ihr zukünftiges entwicklungsrechtliches Handeln unter dem Titel "Entwicklungsrecht der Katholischen Kirche in Österreich" veröffentlicht. 10 Jahre später begannen erste Überlegungen über eine Neufassung dieses Dokuments, da die Veränderungen in der Welt und in der Weltkirche dies nahelegten.

1997 werden nach langen Diskussionen in der Koordinierungsstelle und Konsultationen mit Partnern in der Dritten Welt die neuen Leitlinien für die Zusammenarbeit der Katholischen Kirche in Österreich mit den Partnerinnen und Partnern in der Dritten Welt von der Bischofskonferenz genehmigt und von der Koordinierungsstelle veröffentlicht. Im Gegensatz zur Entwicklungsrecht der Katholischen Kirche von 1980 wollen die Leitlinien von 1997 die gesamte Spannweite der Tätigkeiten der Mitgliedsorganisationen erfassen.

Die "Leitlinien" dokumentieren vor allem die gemeinsamen Motive, Ziele und Maßnahmen der Mitgliedsorganisationen der Koordinierungsstelle in ihrer Zusammenarbeit mit Partnerinnen und Partner in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ozeanien. Sie zeigen, welche grundsätzlichen

---

<sup>1</sup> Zum Beispiel EA Nr. 120, Apostolisches Schreiben Tertio Millenio Adveniente TMA Nr. 51; vgl. CIDSE/Caritas Internationalis (Hg.): Menschliche Entwicklung braucht Entschuldigung, Wien u. a. 1998.

Überlegungen hinter der konkreten Projektarbeit im Süden und in Österreich bzw. hinter der Bildungsarbeit und Anwaltschaft in Österreich stehen. Die "Leitlinien" sollen auch Richtschnur für die vielfältigen Aktivitäten auf allen Ebenen der Katholischen Kirche in Österreich sein. Ziel ist eine Verbesserung des gemeinsamen Handelns für eine menschenwürdige Zukunft für alle Menschen.

### **Armutsbekämpfung/nullkommasieben Kampagne**

Die nullkommasieben Kampagne bekam im Jahr 2005 neuen Schwung. Eine wesentliche Rolle spielte dabei die internationale Vernetzung v.a. im Rahmen der CIDSE. Das Engagement der KOO und ihrer Mitgliedsorganisationen trug entscheidend zum Erfolg der Kampagne bei: durch das Sammeln von mehr als 31.000 Unterschriften im Rahmen einer Postkartenaktion an Bundeskanzler Schüssel und durch Einladung von Kardinal Oscar Andres Rodriguez Maradiaga aus Honduras, der als Stimme des Südens wertvolle Arbeit im Lobbying leistete und die Medien aufmerksam machte. Erreicht wurde ein Bekenntnis der Österreichischen Bundesregierung, 0,7 % des BNE für Entwicklungszusammenarbeit bis 2015 zur Verfügung zu stellen.



### **Handbuch Mission 2005**

Unzählige Menschen in Österreich engagieren sich in vielfältigster Weise für die Themenbereiche Mission und Entwicklungszusammenarbeit - die Solidarität mit der Weltkirche ist in fast allen Pfarren fixer Bestandteil des gemeinschaftlichen Lebens. Im Handbuch Mission wollen die katholischen Organisationen ihr Missionsverständnis und ihre Ziele und Motivation der Entwicklungszusammenarbeit deutlich machen.

#### **Dr. Christoph Schönborn im Vorwort**

„Das Evangelium vom Reich Gottes“ (Lk 4,43) aller Welt zu verkünden ist der Auftrag der Katholischen Kirche. Das Gesicht dieser Kirche hat sich grundlegend geändert: Von einer West-Kirche ist sie zur Weltkirche geworden, die auf allen Kontinenten verbreitet und in allen Kulturen verwurzelt ist. Unserer Kirche ist wesenhaft das Engagement für Mission und die Entwicklungszusammenarbeit aufgetragen. Es stellt die unverzichtbare Brücke zwischen unserer Ortskirche und der weltweiten Kirche dar. Die Kraft für diese Mission findet die Kirche im Evangelium selbst, im Auftrag Jesu, in alle Welt hinauszugehen. Das Handbuch beschreibt das heutige Verständnis von Mission und unser Selbstverständnis von Entwicklungszusammenarbeit. Es will eine Ermutigung sein für die Frauen und Männer in allen Pfarren und Einrichtungen der Kirche, die dem Ruf des Evangeliums folgen und am Aufbau des Reichen Christi mitwirken.

#### **Dr. Ludwig Schwarz SDB**

Etwa jeder fünfte Mensch – das sind 1,2 Mrd. Frauen, Männer und Kinder – lebt in bitterster Armut von weniger als einen Euro pro Tag. Etwa jeder zweite Mensch auf der Welt lebt unterhalb der Armutsgrenze von 2 Euro pro Tag. Das muss nicht sein! Jesu Ansage vom „Reiches Gottes“ lässt die Welt und ihre Verhältnisse nicht so wie sie sind. Dies ist die Einladung an uns, als seine Jüngerinnen und Jünger am Aufbau dieses Reichen in allen seinen Dimensionen weltweit mitzuwirken. Beim Bemühen aller katholischen Organisationen und der missionierenden Ordensgemeinschaften geht es immer wieder um die Beseitigung konkreter Not, den Einsatz für soziale Gerechtigkeit, den ehrlichen Dialog mit Religionen, den Respekt vor den Kulturen, das Eintreten für die Frauen, das Engagement für Gerechtigkeit und Frieden, die Bewahrung der Schöpfung und die Achtung vor dem Wert des Lebens.

## **Studentag Mission und Religionsfreiheit 2008**

Religionsfreiheit bedeutet nicht den Verzicht auf Mission. Nach dem Verständnis vieler liegt zwischen den beiden Begriffen ein Widerspruch. Aber dieses Abwehrrecht muss mit dem Ausübungrecht zusammengebracht werden. Die Religionsfreiheit derer, die sich zu keiner oder einer anderen Religion bekennen, muss genauso gelten wie die Religionsfreiheit der anderen, die ihren Glauben kundtun wollen.

### **Spendenabsetzbarkeit**

Nationalrat und Bundesrat haben die Spendenabsetzbarkeit (Steuerreformgesetz 2009 - StRefG 2009) beschlossen, das Gesetz ist mit der Veröffentlichung nun rückwirkend mit 01.01.2009 in Kraft. Durch Spenden entsteht viel Gutes. Entscheidend ist, dass die Spende dort ankommt, wo sie gebraucht wird und so verwendet wird, dass sie hilft. Dieses Vertrauen der SpenderInnen an die katholischen Hilfswerke und Ordensgesellschaften ist auch eine der Voraussetzungen für die Absetzbarkeit von Spenden. Für die KOO war es wichtig, dass dem Gesetz entsprechend sauber argumentiert und vorgegangen wird. Die Organisationen, die mit der Absetzbarkeit von Spenden werben, werden in Zukunft einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil für sich in Anspruch nehmen. Mittlerweile haben über 1000 Organisationen die Spendenabsetzbarkeit, darunter sind fast alle Mitgliedsorganisationen der KOO und viele Ordensgemeinschaften.

### **Internationale Kampagne „KLIMA FAIR BESSERN!“**

Der Klimawandel betrifft uns alle, seine Auswirkungen treffen Menschen in Entwicklungsländern jedoch ungleich schlimmer. Er ist nicht nur ein Umweltproblem, sondern wirft vor allem auch die Frage nach der globalen Gerechtigkeit auf.

Menschen in Entwicklungsländern mussten sich schon 2008 und früher an das veränderte Klima anpassen, die globale Erwärmung wird jedoch bald einen Punkt erreichen, an dem sich ihre Anpassungsfähigkeit erschöpft. Daher haben sich die katholischen Hilfsorganisationen entschlossen, gemeinsam mit Partnerorganisationen in der ganzen Welt für mehr Klimagerechtigkeit aktiv zu werden. Sie haben zu diesem Zweck bereits im Jahr 2008 die internationale Kampagne „Armut und Klimagerechtigkeit“ gegründet. Diese Kampagne trat unter „Klima fair bessern!“ auf.

Mit der Kampagne „Klima fair bessern!“ wurden folgende Forderungen gestellt:

- Die Reduktion der Treibhausgas-Emissionen um 40 % bis 2020.
- Die finanzielle und technologische Ausstattung von Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern.
- Das Recht von Menschen in Entwicklungsländern auf ihre nachhaltige Entwicklung.

#### Highlights während der Kampagne:

##### *Banner Aktion am Stephansdom*



Katholische Hilfswerke und Umweltaktivisten von Greenpeace befestigten ein 150 qm großes Banner am Wiener Stephansdom, um damit einen Appell an den New Yorker Klimagipfel der UNO zu richten. Der Stephansdom erinnerte mit dieser ungewöhnlichen Aktion an eine der dringlichsten Fragen der Zeit, nämlich jener nach dem Lebens- und Wirtschaftsstil von Menschen in Industrieländern, der auf Kosten der Menschen in Entwicklungsländern geht. Die Aktion

stieß auf großes Medieninteresse: Alle lokalen und österreichweiten Medien berichteten. Auf Initiative der katholischen Hochschuljugend Leoben schmückte das Banner die Stadtpfarrkirche von Leoben zum Semestereröffnungsgottesdienst im Oktober.

#### *Unterschriften-Übergabe an Umweltminister Berlakovich*

Eine bunte Gruppe aus UnterstützerInnen, Pfarrmitgliedern, Kindern und SüdpartnerInnen übergab am 26. November 2009, also kurz vor den UN-Klimaverhandlungen, über 20.000 Unterschriften an Umweltminister Berlakovich. Auf dem Weg ins Büro des Ministers entrollten Jungscharkinder der Pfarre Mannswörth eine Stoffbahn mit tausenden Fußabdrücken von Kindern, die so ihre Unterstützung für „Klima fair bessern!“ ausdrücken konnten.

#### **Internationale Konferenz zu HIV und AIDS vom 18. – 23. Juli 2010 in Wien**

Beeindruckend war, wie Wissenschaftler, Persönlichkeiten aus Politik und Gesellschaft, sowie aus den Kirchen eine Woche lang sich dem Thema HIV und AIDS gewidmet haben.

#### Appell der KOO: Entwicklung und Solidarität ist wichtig im Kampf gegen Aids

Ihren Versprechen nachzukommen und für einen universellen Zugang zu Pflege und Behandlung bei HIV bzw. Aids zu sorgen - mit diesem Appell hatte sich die Koordinierungsstelle anlässlich der laufenden Welt-Aids-Konferenz an die internationale Staatengemeinschaft gewandt.

#### Stellungnahme der österreichischen Bischofskonferenz

Die Bischöfe behandeln mit dieser Stellungnahme die drängenden Herausforderungen von HIV und AIDS für die Gesellschaft und positionieren so die katholische Kirche auch im Hinblick auf die Millenniumsentwicklungsziele. In der globalisierten Gesellschaft braucht es Entwicklung und Solidarität mit den Armen, damit die weltweite Ausbreitung von HIV und AIDS durch ein konzentriertes Vorgehen bekämpft werden kann. Die Stellungnahme ist eine wertvolle Unterstützung für die Arbeit der kirchlichen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Es gehe darum, vom christlichen Menschenbild her auch "mit spiritueller und moralischer Kraft" die verheerenden Auswirkungen von HIV und AIDS zu überwinden. Die für die Arbeit der KOO zentrale Kategorie der Nächstenliebe werde von den Bischöfen zu Recht eng mit den Fragen der Entwicklung, der Solidarität und der Gerechtigkeit verknüpft. Zwischen HIV und AIDS und der Entwicklung eines Landes bestehen zahlreiche Wechselwirkungen. Menschen, die bereits in Armut leben, verarmen durch HIV und AIDS noch weiter. Not, Unterdrückung, zerstörte Familien und mangelnde Bildung sind ein Nährboden für die rasche Ausbreitung von HIV und AIDS. Zusätzlich begünstigen Faktoren, wie die Diskriminierung von Frauen und geringe medizinische Versorgung die Expansion der Pandemie.

#### **MDG Gipfel in New York. Afrikanische Bischöfe in Wien 2010**

„We can end poverty 2015“ lautete der Slogan auf der offiziellen Webseite<sup>2</sup> des UN-Gipfels zu den Millenniumsentwicklungszielen in New York vom 20. bis 22. September 2010. Es wurden zwar viele schöne Worte und Appelle ausgesprochen, der Traum einer besseren Welt staatenübergreifend geträumt, dennoch zeigen deutliche Budgetkürzungen im Entwicklungsbudget in vielen Staaten (Österreich ist neben Griechenland, Italien und Portugal einer der größten Entwicklungshilfeverweigerer), dass die Bereitschaft der Regierungen ihre Versprechen auch tatsächlich einzuhalten, definitiv fehlt.

---

<sup>2</sup> <http://www.un.org/en/mdg/summit2010/>

Zur Stärkung der Steuereinnahmen und im Kampf gegen Steuerflucht sollen sich die Länder insbesondere für die Offenlegung der Begünstigten aller Unternehmen, Trusts und Stiftungen einsetzen. Dies wurde bereits von der **SECAM<sup>3</sup> Delegation**, jedoch weitreichender gefordert, welche im Vorfeld des Gipfels u.a. Zürich, Wien und Brüssel besucht hatte. „*So müssten internationale Rahmenbedingungen geschaffen werden, in der sowohl Regierungen als auch multinationale Unternehmen zu Transparenz und Rechenschaft verpflichtet werden, um sicherzustellen, dass die reichlich vorhandenen Ressourcen Afrikas den Menschen zu Gute kommen können und damit Entwicklung und nicht Korruption gefördert wird*“.

## UN-Konferenz Rio+20

Im Vorfeld der UN-Konferenz Rio+20 appellierte die Österreichs Bischöfe im Frühjahr 2012 in ihrer Erklärung „Verantwortung für Schöpfung und Menschheit“ an die Bundesregierung, Kürzungen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit zurückzunehmen und zusätzliche Mittel für den Auslandskatastrophenfonds bereitzustellen. Es gehe "um nichts weniger als um die gemeinsame Verantwortung der Einen Welt für Schöpfung und Menschheit", so die Bischöfe. Auch unterstützen die Bischöfe die Bemühungen der Bundesregierung auf Einführung einer Steuer auf Finanztransaktionen zur Eindämmung von Spekulation. Die damit lukrierten Einnahmen sollten zur Armutsbekämpfung verwendet werden. Gemeinsam mit der Initiative „Rio+20 - Gerechtigkeit in einer endlichen Welt“ wurde ein umfassendes Forderungspapier an Bundesminister Nikolaus Berlakovich und Staatssekretär Wolfgang Waldner übergeben, in dem konkrete Ansprüche an die österreichische Regierung genannt werden.

## FACHTAGUNG WELTKIRCHE 2012: „Christsein in Minderheit“

Über 110 TeilnehmerInnen beschäftigten sich am 20. und 21. Juli 2012 im Stift Lambach bei der Fachtagung Weltkirche mit dem „Christsein in Minderheit. Die Kirche ist ihrem Wesen nach missionarisch“. Sie würde aufhören, die Kirche Jesu Christi zu sein, wenn das nicht ihr Anliegen wäre“, sagte Bischof Schwarz bei der Eröffnung der Fachtagung. Die Zeit der Volkskirche neige sich scheinbar dem Ende zu: "Man ist heute nicht mehr selbstverständlich katholisch". Umso wichtiger sei es, dass Ordensleute durch ihr eigenes Leben und Wirken glaubhaft als Missionare auftreten.



Bei der Fachtagung Weltkirche im Juli 2012 lernten wir von der Kirche im indischen Patna, wie man "trotz kleiner Zahl doch eine wichtige Relevanz für die Gesellschaft und das Land entwickeln kann.“ Und wie in einer Situation der Bedrängnis in Ägypten Kirche weiterhin eine Wirkung entfalten kann. Auch wenn Kirche sich als Minderheit oder diskriminiert vorfindet, darf sie nicht ihre Fähigkeit verlieren, dem täglichen Leben der Menschen nahe zu sein, um von dort aus das Evangelium zu verkünden.

Seit 2009 wird jährlich in Lambach die Fachtagung Weltkirche veranstaltet.

<sup>3</sup> Symposium der Bischofskonferenzen von Afrika und Madagaskar (SECEAM), engl.: Symposium of Episcopal Conferences of Africa and Madagascar (SECAM/SCEAM) ist die kontinentale Vereinigung der Bischofskonferenzen Afrikas

## Apostolisches Schreiben „Evangelii gaudium“

Papst Franziskus hat 2013 das Apostolische Schreiben „Evangelii gaudium“ veröffentlicht. Darin bekräftigt er den Auftrag zur Evangelisierung, zeigt Perspektiven für den Weg der Kirche in die Zukunft und ermutigt die Kirche und jeden einzelnen Christen, den Glauben zu erneuern. Mit einer beeindruckenden Analyse der derzeitigen Situation legt uns Papst Franziskus in klarer und erfrischender Sprache nahe, was es heißt, einen neuen Aufbruch zu wagen.

Er beschreibt die epochalen Herausforderungen unserer Zeit, in denen sich die Kraft des Evangeliums zu erweisen hat und betont die soziale Dimension der Evangelisierung (Nr. 176ff). Dabei warnt er eindringlich vor der falschen Vorstellung, dass wirtschaftliches Wachstum von selbst soziale Gerechtigkeit und Wohlergehen für alle hervorbringe. Vielmehr bedarf es unseres engagierten Eintretens für eine gerechte gesellschaftliche Ordnung und der sozialen Teilhabe aller. Wir in der Koordinierungsstelle müssen daher unsere Stimme noch konkreter für Gerechtigkeit und Barmherzigkeit erheben.

## Reflexion der Entwicklungspolitik – „Paradigm shift“

Die KOO beteiligte sich im Rahmen der CIDSE an der Auseinandersetzung mit Initiativen und Beispielen für alternative Entwicklung, um nachhaltige gleichberechtigte Modelle der Gesellschaft und des Wirtschaftens umzusetzen sowie mit der Rolle katholischer Entwicklungsorganisationen in gesellschaftlichen Veränderungsprozessen. Die Teilnahme am CIDSE Workshop „Bringing about Paradigm shift“ im Mai 2013, der Austausch mit anderen CIDSE Organisationen und Partnern aus allen Kontinenten gab dazu wichtige Impulse: Die derzeitigen Krisen mit ihren Ungleichheiten und ihrem Mangel an ökologischem Denken sind Systemkrisen und können daher nur durch tiefgreifende Reformen der Systeme gelöst werden. Unser westlicher Lebensstil ist nicht nachhaltig. Die ernsthafte Diskussion eines Überganges zu einer Post-Wachstumsökonomie wird immer dringender.

## 100-stündige Mahnwache gegen die Budgetkürzungen



Die Koordinierungsstelle forderte die Einhaltung des Regierungsprogramms bei der Entwicklungszusammenarbeit. Während Außenminister Kurz nach wiederholten Kürzungen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in den Vorjahren für 2014 einen Kürzungsstop durchsetzen konnte, war für 2015 geplant, entgegen aller Versprechungen die bilaterale Entwicklungszusammenarbeit drastisch um 17 Mio. Euro zu kürzen. Grund genug für viele NGOs aus Trauer eine 100-stündige Mahnwache für die "Ärmsten der Armen" von 12. bis 16. Mai 2014 abzuhalten.

Der Vorsitzende der KOO, Bischof **Ludwig Schwarz** und KOO Geschäftsführer Heinz Hödl haben am 14. Mai 2014 die 100-stündige Mahnwache gegen die Budgetkürzungen im Bereich EZA auf dem Wiener Ballhausplatz besucht. Bischof Schwarz forderte u.a.:

*„Das am 29. April von Finanzminister Spindelegger präsentierte Budget sieht massive Einschnitte bei der Entwicklungszusammenarbeit für 2015 vor. So ist nun für 2015 eine weitere Kürzung um 17 Millionen Euro auf 65 Mio. Euro vorgesehen. Seit 2010 wurden die Ausgaben jährlich gekürzt. Ich*

*appelliere daher an die Bundesregierung die Kürzung der Mittel für die Entwicklungs-zusammenarbeit und für den Auslandskatastrophenfonds zurückzunehmen und eine Aufstockung zu verankern“.*

### **Internationales Seminar im Vatikan**

Papst Franziskus hat am 12. Juli 2014 in seiner Rede in der päpstlichen Akademie der Wissenschaften die TeilnehmerInnen des internationale Seminars „The Global Common Good: Towards a More Inclusive Economy“ aufgerufen, der Wegwerfkultur eines entfesselten Kapitalismus zu widerstehen und den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen. Österreich-Teilnehmer Hödl forderte auch von der heimischen Politik mehr Engagement: Rasche Schließung von Steueroasen, gerechte weltweite Steuersysteme und die Bekämpfung der internationalen Kriminalität, Korruption und Geldwäsche. Hödl war als Präsident der CIDSE, des Weltdachverbandes der katholischen Entwicklungshilfeorganisationen, eingeladen.

### **Religionsführer appellieren an UN-Klimagipfel 2014**

An dem "Interreligiösen Gipfel zum Klimawandel" nahmen im September 2014 in New York 30 Vertreter der christlichen Kirchen sowie von Muslimen, Juden, Hindus, Buddhisten und Angehörigen anderer Religionen teil. Veranstalter waren der Weltkirchenrat (ÖRK), der Weltdachverband der katholischen Entwicklungsorganisationen **CIDSE** und das Bündnis "Religions for Peace" mit Sitz in New York. In klaren Worten umschrieben die Religionsführer ihre Vorstellungen für das angesteuerte Pariser Abkommen (2015). „Es soll ehrgeizig genug sein, um den Temperaturanstieg auf unter zwei Grad Celsius zu halten, fair genug, um die Last auf angemessene Weise aufzuteilen, sowie gesetzlich verpflichtend genug, um zu garantieren, dass wirksame nationale Klimapolitik ausreichend finanziert und voll umgesetzt wird“, hieß es in der veröffentlichten Schlussbotschaft.

### **Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus**

Die am 18. Juni 2015 veröffentlichte Enzyklika „Laudato si“ von Papst Franziskus sendet einen dringenden Aufruf an Politiker, Gemeinschaften und Menschen aller Generationen angesichts des Klimawandels und sozialer Ungerechtigkeit zu handeln. Die Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission begrüßte den starken und offenen Ton und den basisbezogenen Ansatz im Rundschreiben, welcher den Weg für einen Dialog mit allen Menschen guten Willens auch weit über die katholische Kirche hinaus eröffnet. Gemeinsam können so Lösungen für die aktuelle ökologische Krise und den Kampf gegen Ungleichheit gefunden werden.

Papst Franziskus erwähnt in seinem Schreiben „Über die Sorge für das Gemeinsame Haus“ die wichtige Arbeit, welche viele zivilgesellschaftliche Organisationen bei ihrem Einsatz für Gerechtigkeit leisten: „Anerkennenswert ist die Aufgabenstellung von internationalen Organisationen und Vereinigungen der Zivilgesellschaft, welche die Bevölkerungen sensibilisieren und kritisch mitwirken – auch unter Einsatz legitimer Druckmittel“. Diese Unterstützung bestärkt gemeinsam mit der Botschaft der Hoffnung auf einen Wandel, welcher die Enzyklika durchzieht, die Koordinierungsstelle und ihre Mitglieder und gibt Kraft für unsere zukünftige Arbeit.

## **Gender Diskussionspapier – Einsatz für die gleiche Würde von Frauen und Männern**

Bereits seit 2013 diskutierten CIDSE und seine Mitgliedsorganisationen inkl. der Koordinierungsstelle das Thema Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern. Das Diskussionspapier wurde in 2014 im Vatikan von Heinz Hödl in Cor Unum, Justicia et Pax und im Staatsekretariat vorgestellt.

Als katholische Hilfswerke haben wir den Auftrag soziale Gerechtigkeit und weltweite Solidarität zu fördern sowie globale strukturelle Ungerechtigkeiten und die Ursachen für Armut und Ungerechtigkeit anzuprangern und zu bekämpfen. Ziel ist es praktische Aspekte zu betonen, die für die Mitglieder in der Arbeit täglich aktuell sind. Im Jänner 2015 wurde es dann nach einer weiteren Konkretisierung bei einem Forum der CIDSE (alle Direktoren und alle zuständigen Bischöfe) einen Nachmittag lang reflektiert und diskutiert. Bischof Dr. Ludwig Schwarz war persönlich anwesend und von der Zielrichtung sehr positiv gestimmt.

Am 3. Dezember 2015 hat die Vollversammlung der Koordinierungsstelle, unter dem Vorsitz von Bischof Dr. Ludwig Schwarz beschlossen mit diesem Diskussionspapier zu arbeiten.

„Als Hilfswerke der Kirche setzen wir uns für einen gewaltfreien Umgang zwischen Frauen und Männern, gleichen Lohn für gleiche Arbeit, das Engagement von Männern im Familienleben, gleichberechtigten Zugang zum Arbeitsmarkt sowie für die Wertschätzung eines jeden Menschen ein. Nach dem christlichen Verständnis kann man Seele und Leib, ebenso wie biologisches Geschlecht (sex) und soziokulturelle Geschlechterrolle (gender), unterscheiden, aber nicht trennen.“

## **KOO Diskussionspapier Missionarische Zusammenarbeit**

Deutungsrahmen für Mission, Evangelisierung, Pastoral, Entwicklung.

Mission, Evangelisierung, Pastoral und Entwicklung sind Begriffe, die in unserer weltkirchlichen Arbeit immer wieder vorkommen. Daher wollen wir mit diesem Diskussionspapier einen hilfreichen Deutungsrahmen für diese Begriffe leisten. Mit diesem Diskussionspapier wollen wir in und zwischen den KOO Organisationen einen Dialog initiieren. Die inhaltliche Befassung soll ein gutes Verständnis bewirken und die Arbeit nachhaltig befruchten.

Die Kirche erfüllt ihre Sendung (Mission) weltweit im solidarischen Zusammenwirken der Ortskirchen. Jede Ortskirche trägt ihren Teil dazu bei. Für die Zusammenarbeit der Ortskirchen Afrikas, Asiens, Ozeaniens, Europas und Lateinamerikas gilt: Mission ist keine Einbahnstraße, überall auf der Welt braucht es das Wunder des Teilens. „An der Mission mitwirken heißt fähig zu sein, nicht nur zu geben, sondern auch zu empfangen. Unsere eigene Ortskirche muss als Kirche die Verantwortung für die missionarische Zusammenarbeit wahrnehmen. Dabei geht es darum, die eigenen Tätigkeiten im Inland und im Ausland aufeinander abzustimmen. Zum anderen gilt es auch, zu einer umfassenden Kooperation zwischen den verschiedenen kirchlichen Akteuren (z. B.: Diözesen, Hilfswerke, Orden) zu kommen. Ziel dieser Zusammenarbeit ist es, durch gemeinsames Handeln das weltkirchliche Bewusstsein sowie die weltweite Solidarität zu stärken und eine effektive und verbindliche Abstimmung in jenen weltkirchlichen Arbeitsfeldern und hinsichtlich solcher Aktionen zu betreiben, die von gemeinsamem kirchlichem Interesse sind.“

## Nachhaltige Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals SDG)

Mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, die von den Staats- und Regierungschefs beim UN-Gipfel im September 2015 beschlossen wurde, sollen die drängendsten Herausforderungen unserer Zeit angegangen werden. Sie ist das Ergebnis eines Diskussions-, Beratungs- und Mobilisierungsprozesses von beispiellosem Ausmaß. Diese universelle Agenda trägt der Tatsache Rechnung, dass ökonomische, soziale und ökologische Ziele in wechselseitiger Abhängigkeit stehen. Unter ausdrücklicher Berufung auf die Menschenrechte formuliert sie wichtige Ziele: Armutsbekämpfung, Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern, Bekämpfung von sozialer Ungleichheit, Sicherstellung nachhaltiger Konsum- und Produktionsmuster, Beendigung der Entwaldung und Klimaschutz. Die SDGs gehen allerdings nicht auf unzureichende und unfaire Regeln für Finanzgeschäfte, Besteuerung, Handel und Investitionen ein, deren Änderung die Voraussetzung für strukturelle Veränderungen und damit für die Bekämpfung der Ursachen von Armut und sozialer Ungleichheit sind. Der Wert der nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) wird sich daran messen lassen, inwieweit die Umsetzung dieser Ziele gelingt und die Rechenschaftspflicht gegenüber den Menschen in aller Welt gewährleistet ist.

## Pariser Klimaabkommen: Erfolg ohne Fairness für die Ärmsten

Im Dezember 2015 wurde das Klimaabkommen von 195 Staaten der Welt angenommen. Es ist ein Erfolg für die Staatengemeinschaft. Es beinhaltet neben dem Klimaschutz auch die Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Anpassung an den Klimawandel und erkennt die unwiederbringlichen Schäden der nunmehr unvermeidbaren Klimawandelfolgen an.

Es hat jedoch gefährliche Schwachstellen. So reichen die bisher angekündigten



Klimaschutzbeiträge der Staaten bei weitem nicht aus, um den Klimawandel einzudämmen. Die Überprüfung der zugesagten Maßnahmen beginnt erst sehr spät und ist nicht mit einem Bestrafungsmechanismus ausgestattet und die notwendigen finanziellen Mittel zur Unterstützung für Entwicklungsländer sind nicht abgesichert. Weitere besorgnisregende Versäumnisse sind fehlender Bezug zu Menschenrechten und Ernährungssicherheit.

Zur Verwirklichung des Klimaabkommens kommt es auf die tatsächlichen Handlungen der Staaten

und Unternehmen an. Es reicht nicht, unser bisheriges Wachstumsmodell grüner zu färben. Was es braucht, ist eine Kursänderung, die sich am Gemeinwohl orientiert. Nötig dafür ist ein grundlegender Wandel hin zu einem einfachen und verantwortungsvollen Lebensstil.

# DIE LEISTUNGEN DER KATHOLISCHEN KIRCHE VON 1964 BIS 20014 FÜR DIE WELTKIRCHE

Unzählige Menschen in Österreich engagieren sich daher in vielfältigster Weise für die Themenbereiche Mission und Entwicklungszusammenarbeit – die Solidarität mit der Weltkirche ist in 3000 Pfarren fixer Bestandteil des gemeinschaftlichen Lebens.

Die ehrenamtliche Arbeit von tausenden Personen in allen Pfarren Österreichs ist ein Zeichen von großer Solidarität, als Beispiel sind zu nennen: 90 000 Sternsinger, tausende ehrenamtliche Pfarrgemeinderäte und andere kirchlich Engagierte bei Haussammlungen, von Fastenaktionen und anderen Initiativen.

Die Ziele der Koordinierungsstelle orientieren sich an der Katholischen Soziallehre: Im Zentrum steht eine ganzheitliche Entwicklung, die über das Materielle hinaus die spirituelle Ebene mit einschließt und die betroffenen Menschen zu Akteurinnen und Akteuren ihrer eigenen Entwicklung macht. Sie zielt auf die Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit, sozialem Wandel und Verantwortung gegenüber der Schöpfung ab.



Kirchliche Organisationen sind in vielen Partnerländern seit langem verankert, gut in der Gesellschaft verwurzelt und verfügen über sehr gute Zugänge zu jenen Menschen an der Basis. Dadurch können sie in der Armutsbekämpfung besonders wirksam tätig sein. Sie haben einen hohen ethischen Anspruch, verfolgen einen ganzheitlichen Entwicklungsansatz, der Menschen in allen Dimensionen ihres Daseins wahrnimmt und sie zu Verantwortliche ihrer eigenen Entwicklung macht. Sie zielen auf die Verwirklichung sozialer

Gerechtigkeit und Verantwortung gegenüber der Schöpfung ab. Ihre Projekte erbringen daher einen gesellschaftlichen Mehrwert abseits der engeren Projektergebnisse.

Durch das hohe Engagement der ehren- und hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können kirchliche Organisationen Leistungen im Fundraising, in der Projektbegleitung, in der Verwaltung u.a. kosteneffizient erbringen. Sie erheben darüber hinaus mutig ihre Stimme gegen Krieg, Gewalt, Ausbeutung und Ungerechtigkeit.

Die Gesamtleistungen der KOO-Mitgliedsorganisationen von 1963 bis 2014 sind beachtlich. Insgesamt wurden über 50 000 Projekte in mehr als 100 Ländern mit 2,4 Milliarden Euro umgesetzt. 400 Millionen Euro wurden von der Öffentlichen Hand (Staat Österreich und EU) beigetragen.

Gesamtsummen und öffentliche Förderungen in Millionen Euro

	<b>1964</b>	<b>1970</b>	<b>1980</b>	<b>1990</b>	<b>2000</b>	<b>2010</b>	<b>2014</b>
<b>Gesamtsumme</b>	1	7	21	41	90	93	97
<b>Öffentl. Mittel</b>	0,2	1	3	7	25	13	9

## STATEMENTS VON BISCHOF LUDWIG SCHWARZ

Für Bischof Dr. Ludwig Schwarz, der im Jänner 2002 den Vorsitz in der Koordinierungsstelle übernahm, wurde nicht müde, die Mitverantwortung seiner Bischofskollegen, der Bundesregierung und aller Katholiken für die spirituellen und materiellen Nöte auch der fernen Nächsten zu betonen. Bereits 2002 hat er in einer Pressekonferenz die weltweite Ungleichheit zwischen Arm und Reich als Skandal bezeichnet und von den Parteien konkrete Programme und Schritte zur Verbesserung der Entwicklungszusammenarbeit eingefordert. In den folgenden Jahren hat Bischof Ludwig Schwarz über 70ig Mal für Mission und Entwicklung seine Stimme erhoben, denn „die Kirche dürfe nicht aufhören, sich für gerechte Strukturen einzusetzen“, so der Bischof wörtlich im September 2009.

Exemplarisch einige Statements von Bischof Ludwig Schwarz:

2002

12. September

### **Nächste Regierung muss Entwicklungshilfe erhöhen**

86 Millionen Euro haben die in der Entwicklungshilfe tätigen Organisationen der katholischen Kirche 2001 für ihre Arbeit aufgebracht. Dies geht aus dem "Jahresbericht 2001 der Koordinierungsstelle der Österreichischen Bischofskonferenz für internationale Entwicklung und Mission" (KOO") hervor, der am Donnerstag von Weihbischof Ludwig Schwarz in Wien präsentiert wurde. Das Ergebnis zeige, dass die Menschen in Österreich die Botschaft Jesu vom Teilen ernst nehmen und den kirchlichen Organisationen Vertrauen entgegenbringen, so Weihbischof Schwarz als Vorsitzender der Koordinierungsstelle. Trotzdem gebe es Grund zur Sorge, da die weltweite Kluft zwischen Arm und Reich noch tiefer geworden sei und die Ungleichheit der Entwicklungschancen für hunderte Millionen von Menschen noch immer traurige Realität sei. "Für uns ist diese Situation ein Skandal, dem wir nicht tatenlos gegenüberstehen können", so Schwarz wörtlich. Es gelte, einen glaubwürdigen Beitrag für ein Leben in Würde für die Menschen im "Süden" zu leisten. Nur so könne dem Ziel einer nachhaltigen Entwicklung entsprochen werden.

---

2003

12. Februar

### **Irak: Bischof Schwarz fordert klares "Nein zum Krieg"**

Ein klares "Nein zum Krieg" fordert Österreichs "Entwicklungshilfe-Bischof" Ludwig Schwarz. Der Wiener Weihbischof rief auch die österreichische Bundesregierung auf, "ihren Einfluss bei europäischen Partnern geltend zu machen", um eine militärische Intervention im Irak abzuwenden. Er wisse sich in vollständiger Übereinstimmung mit dem Papst und mit der Kirche weltweit, "deren Stimme in diesen Monaten der sich ständig weiter zuspitzenden Krise unüberhörbar ist", so Schwarz in einer am Mittwoch veröffentlichten Erklärung. In der Erklärung wird an das Schicksal der Bevölkerung im Irak erinnert, die einer "doppelten Unterdrückung" ausgesetzt sei: durch das eigene Regime und durch die vom UNO-Sicherheitsrat verhängten Sanktionen, die "seit 13 Jahren in Kraft sind, ohne dass es eine realistische Aussicht auf ihre Beendigung gibt". Dieses Embargo verletze auch das Recht auf Leben, denn laut UNICEF-Statistiken sterben jeden Monat 5.000 Kinder an den unmittelbaren Folgen der Sanktionen. So erlebe der Irak in den vergangenen 13 Jahren den höchsten Anstieg der Kindersterblichkeitsrate weltweit.

---

## 2004

2. Juli

### **Kirche für Einführung der "Tobin-Tax"**

Weihbischof Ludwig Schwarz begrüßte als KOO-Vorsitzender die Abstimmung für die "Tobin-Tax" im belgischen Parlament. "*Das ist ein wichtiger Schritt in Richtung weltweiter sozialer Gerechtigkeit*", erklärte Bischof Schwarz: "*Im Sinne der 'Option für die Armen'*" setzen sich kirchliche Organisationen schon seit Jahren für Regeln zum Schutz der Schwachen und gerechter Teilhaber aller am Wohlstand ein. Die 'Tobin-Tax' erfüllt das in hohem Maße, denn es sind die Armen, die besonders unter den Folgen der Finanzkrisen leiden; ihnen soll daher der Ertrag einer Devisentransaktionssteuer zu Gute kommen".

In der KOO-Resolution wird darauf verwiesen, dass Steuern "einen wesentlichen Mechanismus zur Regulierung der Wirtschaft auf politischer Ebene darstellen" und die Haupteinnahmequelle für die Förderung von Sozialmaßnahmen bilden. Obwohl die Gewinne aus der Geldwirtschaft diejenigen aus der Realwirtschaft heute um ein Vielfaches übertreffen, unterliegen sie derzeit keiner entsprechenden Besteuerung. Andererseits würden Finanzkrisen, die durch spekulative Geldströme entstehen können, überproportional die Armen treffen. Zugleich könnte die Devisentransaktionssteuer deutlich erhöht werden, falls spekulative Attacken auf eine Währung stattfinden, sodass schwere Krisen wie in Mexiko (1994), Ostasien (1997), Russland (1998), Brasilien (1999) und Argentinien (2001) verhindert werden könnten.

---

## 2005

6. Juli

### **Verkündigung, Gerechtigkeit und Frieden**

Die Kirche ist ihrem Wesen nach missionarisch, betonte Weihbischof Ludwig Schwarz am Mittwochabend beim Gemeinschaftsgottesdienst der österreichischen Bischöfe in der Stiftskirche von Lambach (Oberösterreich). Bischof Schwarz erinnerte daran, dass die Verkündigung des Evangeliums unter allen Völkern und Kulturen "der beste Dienst ist, den die Kirche den Menschen leisten kann". Die Verkündigung des Evangeliums sei untrennbar mit dem Einsatz für Gerechtigkeit und Frieden verbunden.

Wörtlich sagte der Wiener Weihbischof in diesem Zusammenhang: "Darauf kommt es wesentlich an, um die Kluft zwischen Arm und Reich zu überwinden". Die Verteilung der Güter in der Welt sei ungerecht, "die

Reichen werden immer reicher, die Armen immer ärmer". Ein Missionar habe ihm die Situation prägnant veranschaulicht, betonte Schwarz: "Wenn man die Welt mit einem Boot vergleicht, in dem 20 Menschen unterwegs sind, für die es 20 Brote gibt, dann haben derzeit drei Leute 17 Brote und die restlichen 17 Leute ganze drei". Zugleich erinnerte Bischof Schwarz daran, dass Mission von Europa in die anderen Kontinente heute keine "Einbahnstraße" sei. Mission bestehe vielmehr in einem " gegenseitigen Geben und Empfangen" zwischen allen Kontinenten.

---

## 2006

16. Oktober

### **Mikrokredite – berechtigte Hoffnung, der Armutsfalle zu entkommen?**

Bischof Dr. Ludwig Schwarz SDB zeigt sich sehr erfreut darüber, dass Mohammed Yunus den Friedensnobelpreis bekommen hat. „*Das Nobelpreis-Komitee hat ein wichtiges entwicklungspolitisches Signal gesetzt. Sinnvoll eingesetzt und überlegt angewandt sind Mikrokredite eine wirkungsvolle Methode, eine Chance, um Menschen zu einem besseren und sichereren Lebensstandard zu verhelfen.*“

Die kirchlichen Organisationen, vor allem Katholische Frauenbewegung, Katholische Männerbewegung, Dreikönigsaktion, Caritas und HORIZONT3000 unterstützen jährlich eine Reihe von Mikrokreditprojekten in Indien, Philippinen, Uganda, Tansania u.a. Ländern. In den vergangenen drei Jahrzehnten sind mittels Kleinstkrediten viele kleine Betriebe gegründet und Arbeitsplätze geschaffen worden. Mikrokreditprogramme orientieren sich an den Bedürfnissen ärmerer Menschen und bieten Kredite, Spar- und Zahlungsverkehrsmöglichkeiten, Versicherungen und vieles mehr an. 80% der Kunden von Mikrokrediten sind Frauen. Die Österreichische Entwicklungszusammenarbeit (OEZA) hat rund 5 Mio. € in den letzten 10 Jahren im Bereich der Mikrofinanzierung investiert. Eines der Ziele, die man sich hier gesetzt hat ist die Ausbildung von Kreditberaterinnen. Mikrokredite sind kein Wundermittel und ersetzen nicht die wirtschaftspolitische Verantwortung der Regierungen und auch nicht die Investitionen in Infrastruktur, Schul- und Gesundheitswesen. Sinnvoll eingesetzt, stellen sie jedoch eine wichtige Ergänzung dar.

---

## 2007

10. Jänner

### **Neues Regierungsprogramm: gemischte Bilanz**

„*Wir freuen uns über die geplante Erhöhung der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit. Das ist ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der weltweiten Armut!*“, meint Bischof Dr. Ludwig Schwarz, Vorsitzender der KOO. „*Ob dies aber tatsächlich den Armen zu Gute kommt, bleibt offen: wir vermissen den Stufenplan zum Erreichen der 0,7% des Bruttonationaleinkommens, für den die Bischofskonferenz eingetreten ist. Wir hoffen, dass tatsächlich zusätzliche Mittel bereitgestellt werden.*“, so Bischof Schwarz. Auch die inhaltliche Gewichtung gibt der KOO zu denken: Armutsreduzierung kommt nur in Zusammenhang mit Wirtschaft und Entwicklung vor. Der von der KOO geforderte Schwerpunkt Armusbekämpfung durch gerechten Welthandel, Schuldenerlass und zusätzlichen Mitteln für die Millenniumsentwicklungsziele für die am wenigsten entwickelten Länder kommt viel zu kurz.

„*Gerade kirchliche Einrichtungen und Nichtregierungsorganisationen arbeiten unmittelbar an der Basis, kennen die Probleme und Anliegen der armen und benachteiligten Bevölkerungsgruppen aus erster Hand und können große Kompetenz in der Umsetzung von Initiativen zur Verbesserung ihrer Lebenssituation vorweisen. Leider wird die zentrale Rolle, die sie in der Umsetzung von Entwicklungsprojekten wie in der Bildungsarbeit in Österreich spielen, ausgeblendet.*“, bedauert Bischof Schwarz.

6. Juli

**Bilanz zur Halbzeit der Erreichung der Millenniumsentwicklungsziele:**

„Es ist höchste Zeit, dass Österreich einen angemessenen Beitrag zur Bekämpfung der weltweiten Armut leistet.“, fordert Bischof Dr. Ludwig Schwarz, Vorsitzender der KOO. „Wir erwarten dringend einen Stufenplan, um 2015 auf die geforderten 0,7% des Bruttonationaleinkommens für Entwicklungszusammenarbeit zu kommen“, mahnt Schwarz.

Nicht nur mehr, sondern auch bessere Hilfe fordert die KOO ein. Es geht darum, die Armen zu erreichen und sie dabei zu unterstützen, ihre Lebenssituation zu verbessern. NGOs und kirchliche Organisationen arbeiten an der Basis und kennen die Bedürfnisse und Potentiale der Menschen, Projekte werden von den Betroffenen selbst entwickelt und lokale Nachhaltigkeit wird erreicht, die Wertschöpfung bleibt vor Ort. Die KOO plädiert daher für eine deutliche Aufstockung - eine Verzehnfachung - der Mittel für Nichtregierungsorganisationen. Der UNO-Bericht 2007 über die Umsetzung der so genannten Millenniumsentwicklungsziele kommt zum Schluss, dass trotz Teilerfolgen die Vereinten Nationen von ihrem Ziel, die weltweite Armut bis 2015 zu halbieren, noch weit entfernt sind.

---

2008

6. Juni

**FAO-Konferenz in Rom: Ergebnis beschämend**

Das Ergebnis der dreitägigen Konferenz der UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft ist nicht mehr als eine kurze Erklärung, die angesichts des ungelösten Hungerproblems in skandalöser Weise hinter den Erfordernissen zurückbleibt. Das Ergebnis ist beschämend angesichts von 100.000 Hungertoten täglich und ist somit eine weitere vertane Chance, den dringend notwendigen Wandel in der Weltagrarpolitik einzuleiten. Die FAO konnte nicht beantworten, was getan werden muss, damit Klimawandel und Agotreibstoffe die Hungerkrise nicht weiter verschärfen. Während der Plan der UN-Arbeitsgruppe zur Hungerkrise, erfreulicherweise die Förderung von ländlichen Produzenten ins Zentrum rückt, enthält er andererseits alte Rezepte, die nicht mithelfen, Hunger zu bekämpfen. Die Agrarpolitik und die notwendige Steigerung der Nahrungsmittelproduktion müssen mit den Erfordernissen der Bewahrung der Schöpfung in Einklang gebracht werden. Daher ist es besonders wichtig, die kleinbäuerliche und nachhaltige Landwirtschaft entsprechend zu unterstützen. Zugleich müssen aber auch die Probleme Klimawandel, Agotreibstoffe, verzerrende Agrarsubventionen, Ressourcenausbeutung und dringende Landreformen angegangen werden.

---

2009

26. Februar

**Budget: Entwicklungshilfe in der Warteschleife**

Tausende Appelle für eine Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit erreichten in den letzten Tagen Außen- und Finanzministerium, viele kamen aus dem kirchlichen Bereich: Ordensleute, ehemalige EntwicklungshelferInnen, Pfarrer und Jugendliche setzten ein Zeichen dass es gerade in Krisenzeiten wichtig ist, über die Grenzen zu blicken und mit den Menschen in anderen Teilen der Welt solidarisch zu sein.

„Solidarität hat gerade in der Krise Hochkonjunktur!“, meint Bischof Dr. Ludwig Schwarz, Vorsitzender der Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz (KOO) und verweist auch auf das

breite Engagement innerhalb der Katholischen Kirche, das sich auch in den letzten Monaten ungebrochen zeigt.

In Hinblick auf die aktuellen Budgetverhandlungen hofft Schwarz, der sich auch persönlich mehrfach für eine ausreichende Dotierung des Budgets eingesetzt hatte, dass Kürzungen bei der Entwicklungszusammenarbeit vom Tisch sind. Doch mahnt er weitere Anstrengungen ein: „*Das Gleiche wie bisher ist auch zu wenig- gerade jetzt, wo die Nöte durch die Krisen steigen! Jetzt rächt sich, dass Österreich in besseren Zeiten viel zu wenig getan hat. Nur ein Bruchteil der Summen, die derzeit fließen, um die Banken zu retten, würde ausreichen, um das Überleben der Ärmsten zu sichern. Es ist jetzt dringender denn je, konkrete Pläne für die Erhöhung der Entwicklungszusammenarbeit in den nächsten Jahren zu machen, damit wir das lange versprochene Ziel von 0,7% bis 2015 erreichen können.*“

---

## 2010

27. August

### **Präsident Lula gibt grünes Licht für Mega-Kraftwerk im Amazonas-Gebiet**

Lula unterzeichnete einen Konzessionsvertrag mit dem Konsortium Norte Energia SA, das für 35 Jahre die Nutzungsrechte an dem Kraftwerk Belo Monte am Xingu-Fluss im Bundesstaat Para hat. Obwohl sich Naturschützer, Menschenrechtler und Bischöfe in die Bresche warfen, will die brasilianische Regierung einen neuen Mega-Staudamm im Amazonasregenwald bauen - allen Protesten und Gerichtsentscheidungen zum Trotz. Die Zerstörung der Fisch-, Jagd- und Sammelgründe durch Belo Monte und die damit verbundene Infrastruktur bedroht die Lebensgrundlage von tausenden Menschen. Aufgrund der zu erwartenden enormen soziokulturellen und ökologischen Auswirkungen lehnen wir das Projekt ‚Belo Monte‘ grundsätzlich ab, so Bischof Dr. Ludwig Schwarz, Vorsitzender der Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz. Wir werden das Projekt weiterhin genau beobachten und die betroffenen Menschen bei ihren legitimen Anliegen in Brasilien unterstützen, so Bischof Schwarz weiter. Bereits im Februar 2010 hat die Koordinierungsstelle und die Dreikönigsaktion in einem Protestbrief u.a. auch die österreichische Politik und Wirtschaft vom zweifelhaften Projekt informiert. Im brasilianischen Amazonas-Gebiet stehen die Zeichen auf Sturm. Die Bauarbeiten für das Milliarden-Projekt sollen noch 2010 beginnen. Der zur Katholischen Bischofskonferenz gehörende Indianermissonsrat CIMI wurde nach der Vergabe der Konzession bereits im April 2010 sehr deutlich: „Die Regierung lügt, wenn sie sagt, die Energie von Belo Monte sei sauber und effizient“.

---

## 2011

19. Juli

### **Fachtagung Weltkirche 2011: „Alle im selben Boot“**

Mit der Forderung nach Solidarität und der Änderung unseres Lebensstils macht Bischof Dr. Ludwig Schwarz SDB auf die Fachtagung Weltkirche aufmerksam. „*Wir sind gefordert uns zu solidarisieren um auf aktuelle Krisen Antworten zu geben*“, mahnt Bischof Dr. Ludwig Schwarz, Vorsitzender der Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz (KOO) und verweist damit auch auf das breite Engagement innerhalb der Katholischen Kirche. Gegen Entsolidarisierung und Egoismus im globalen Kontext soll die diesjährige „Fachtagung Weltkirche“ ein Zeichen setzen. Unter dem Titel „Alle im selben Boot“ bietet sie Impulse für ein weltweit solidarisches Christentum. Benediktinerin Mary John Mananzan leitet das von ihr gegründete Institut für

Frauenstudien in Manila und ist eine der profiliertesten Theologinnen Asiens. Sie wird die von Diskriminierung und Gewalt bedrohte Realität der Frauen in ihrem Land schildern und zeigen, warum der soziale Wandel ohne Befreiung der Frauen nicht denkbar ist. Dom Frei Bernardo Johannes Bahlmann ist Franziskaner aus Deutschland und seit 2009 Bischof der brasilianischen Prälatur Óbidos in Amazonien. In seinem Einsatzgebiet sieht er sich neben sozialen auch ökologischen Herausforderungen gegenüber. Mehr und mehr Regenwald fällt wirtschaftlichen Interessen zum Opfer. Was können und müssen engagierte christliche Gemeinden tun, um eine Kultur des Lebens von Mensch und Natur zu fördern?

---

## 2012

12. Juni

### **UN-Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung**

Bischof Dr. Ludwig Schwarz, appelliert an Österreichs Regierungsvertreter, sich in Rio de Janeiro für die Anliegen der Ärmsten einzusetzen. Tatsache ist, dass die ökologische Übernutzung der Erde und die sozialen Disparitäten in und zwischen den Gesellschaften voranschreiten. Große Teile der Weltbevölkerung sind von einer menschenwürdigen Entwicklung ausgeschlossen, eine Milliarde Menschen hungern, mehr als die Hälfte der Menschheit lebt unter der Armutsgrenze. Bischof Ludwig Schwarz, Vorsitzender der Koordinierungsstelle, ruft zum Umdenken auf: „*Wir steuern auf eine ökologische Katastrophe zu, die wir nicht abwenden können, wenn wir nicht jetzt handeln. Die ärmsten und sozial verwundbarsten Menschen sind am stärksten von den Auswirkungen betroffen.*“

In den letzten Jahrzehnten hat sich die Situation massiv verschärft. Das derzeitige Wirtschaftsmodell fördert nicht-nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, ermöglicht ein ungerechtes Handelssystem und die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen. Klimaziele wurden nicht eingehalten und der Verlust der Artenvielfalt steigt stetig. „*Daher fordere ich Bundesminister Niki Berlakovich dringend auf, sich für eine globale nachhaltige Entwicklung und die Einhaltung internationaler Verpflichtungen einzusetzen*“ betont Bischof Schwarz weiter.

---

## 2013

13. Mai

### **Kampf gegen Korruption und Steuerflucht**

Am Dienstag, den 14. Mai 2013 tagt der europäische Finanzministerrat in Brüssel, bei dem die Beschlüsse zu Steuerflucht, Steuerbetrug und Verhandlungen mit Drittstaaten gefasst werden sollen. Dabei geht es auch um Fragen des automatischen internationalen Informationsaustausches und Transparenz von Trusts, Stiftungen und ähnlichen rechtlichen Konstruktionen. Durch Steuerflucht und Steuervermeidung entgeht den Entwicklungsländern das 8-10fache der erhaltenen Entwicklungshilfegelder. Bischöfe aus allen Erdteilen machen sich stark für mehr Transparenz von Unternehmen, um die Rechenschaft gegenüber der lokalen Bevölkerung zu stärken. Kirchliche Organisationen, darunter die KOO, setzen sich daher seit Jahren für politische Maßnahmen ein, um diese Abflüsse zu stoppen. Bischof Dr. Ludwig Schwarz, meldet sich zu Wort: „*Länder überall auf der Welt verlieren Milliarden an potenziellen Einnahmen durch Steuerflucht, darunter viele arme Länder, die auf diese Geldmittel dringend angewiesen sind, um Bildungs-, Gesundheits- und Sozialmaßnahmen zu finanzieren. Wir fordern daher die österreichische*

*Bundesregierung auf, sich im Rahmen der EU konstruktiv einzubringen, damit die EU weltweit eine Vorreiterrolle im Kampf gegen Steuerflucht und Korruption spielen kann.“*

---

## 2014

29. April

### **Keine Budgetpolitik auf dem Rücken der Ärmsten.**

Die Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz (KOO) ist erschüttert über die Kürzungen im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit. Während Außenminister Kurz nach wiederholten Kürzungen der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZA) in den Vorjahren für 2014 einen Kürzungsstopp durchsetzen konnte, treffen die Sparvorgaben die Hilfsgelder diesmal umso massiver: über 20 Prozent der Mittel für konkrete österreichische Projekte und Programme sollen eingespart werden.



KOO Vorsitzender Bischof Ludwig Schwarz appelliert an die Verantwortung der Bundesregierung: „*Erst zum Osterfest hat Papst Franziskus zur Hilfe für Opfer von Gewalt, Krankheit und Armut aufgerufen! Diese Menschen dürfen wir nicht im Stich lassen! Durch Entwicklungszusammenarbeit kann mit vergleichsweise kleinen Beträgen Überleben und Zukunftschancen für viele Menschen gesichert werden. Haben wir ein Recht Ihnen das wegzunehmen?*“

Seit 2010 hat Österreich die staatlichen Ausgaben für konkrete Programme und Projekte in den ärmsten Ländern der Welt laufend gekürzt – von 100 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 82 Millionen im Jahr 2013 und 2014. Für 2015 ist nun eine weitere Kürzung um 17 Mio. € auf 65 Mio. € vorgesehen.

---

## 2015

15. April

### **Freihandelsabkommen TTIP: Entwicklungsländer sind die Verlierer.**

Welthaus Linz und Koordinierungsstelle der Bischofskonferenz fordern gemeinsam: „Freihandelsabkommen nicht auf Kosten der Entwicklungsländer gestalten. Keine Herabsetzung von Standards“.

Es besteht die Gefahr, dass durch TTIP die am wenigsten entwickelten Länder (LIC) die mühsam erreichten Marktzugänge verlieren und massive Wettbewerbsnachteile bekommen. TTIP hat auch ganz wesentliche Auswirkungen auf die Entwicklungsländer, vor allem auf die 43 am wenigsten entwickelten Länder (LIC).

TTIP kann zu dramatischen Auswirkungen für die Menschen in den LIC Exportländern führen, wenn die Verhandlungen nicht auch die legitimen Rechte der LIC Länder auf wirtschaftliche Entwicklung sowie die bereits bestehenden Präferenzabkommen berücksichtigt, wenn sich Konzerne unglaublich bereichern und die Bevölkerung verarmen lassen, mahnt Bischof Ludwig Schwarz, Diözesanbischof von Linz und Vorsitzender der KOO.

Eine Studie der ÖFSE (Österreichische Forschungsstiftung für Internationale Entwicklung) zeichnet jedoch ein differenziertes Bild der zu erwartenden Vor- und Nachteile von TTIP. Die Argumente für ein solches Freihandelsabkommen verlieren dabei weitgehend ihre Grundlage.

14. Dezember

### KOO zur Klimakonferenz COP21 Paris

Die Weltgemeinschaft will dem Abkommen zufolge die Erderwärmung auf deutlich unter 2° C begrenzen, ja auf annähernd 1,5° C! Diese 1,5° C sind deshalb so wichtig, weil alle verwundbaren Staaten (Pazifik etc.) sonst größte Probleme bekämen. Die nationalen Klimaschutzprogramme sollen alle 5 Jahre überprüft werden. Entwicklungsländer erhalten Geld, die über die vereinbarten 100 Milliarden Dollar hinausgehen sollen.

Bischof Dr. Ludwig Schwarz zum Pariser Abkommen:

Es gibt Schwachpunkte, aber insgesamt ist Paris ein Erfolg. Wichtig ist das Signal, dass durch den Vertrag ausgesandt wird. Nach PARIS = VOR PARIS!! In allen 196 Staaten müssen die beschlossenen Grundsatzbeschlüsse in konkrete Maßnahmen gegossen werden.

Trotz mancher Schwachpunkte ist der Gipfel von Paris ein Erfolg. Ein Scheitern wie in Kopenhagen 2009 wäre eine Katastrophe gewesen. Von Paris geht ein klares Signal aus: die Welt rückt zusammen, alle - auch China, Saudi-Arabien, Indien, die USA und auch Österreich - müssen ihren Beitrag leisten.

Wir müssen uns darauf einstellen in Zukunft noch mehr nach dem berühmten Satz von Max Weber (1919 in München): „Politik bedeutet ein starkes und langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“ zu orientieren und nicht entmutigen zu lassen. Wir müssen Papst Franziskus ernst nehmen. Er hat sich in den letzten Monaten, Wochen und Tagen positiv in die Klimadebatte eingebracht, die nach Franziskus immer auch vom Blickwinkel der Armen gesehen werden muss.



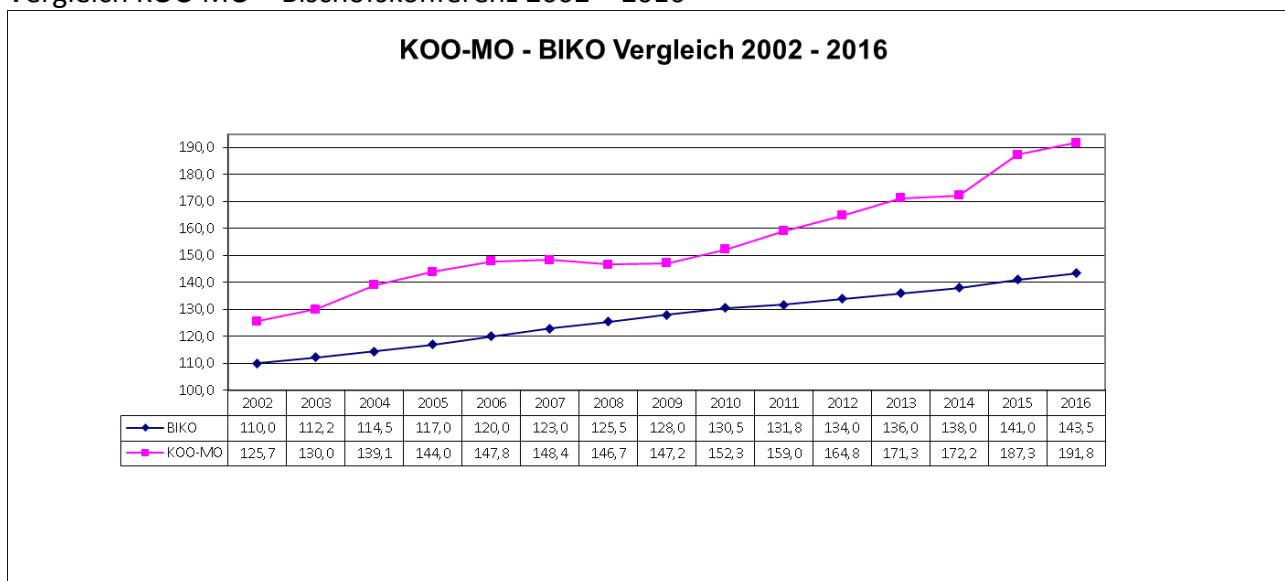
# FINANZEN DER KOORDINIERUNGSSTELLE

Die Koordinierungsstelle hat ein von der Bischofskonferenz beschlossenes Statut. Der jährliche Zuschuss der Bischofskonferenz soll in der Regel etwa die Hälfte des ordentlichen Haushalts der KOO decken. Der ordentliche Haushalt der KOO wird von der Bischofskonferenz und den Mitgliedern zu ungefähr gleichen Teilen finanziert. Der im ordentlichen Haushaltsplan festgelegte jährliche Finanzrahmen muss von der KOO-Vollversammlung und der Österreichischen Bischofskonferenz genehmigt werden.



Bischof Dr. Ludwig Schwarz hat sich immer für eine gute Finanzierung seitens der Bischofskonferenz und der Mitgliedsorganisationen eingesetzt. Seit 2002 werden jährlich ca. 40 Prozent des ordentlichen Haushalts von der Bischofskonferenz getragen, von den Mitgliedsorganisationen ca. 55 Prozent und den Ordensgemeinschaften ca. 5 Prozent. Mit dem Dienstpostenplan (160 Stunden) wurde 2003 wieder der Stand der 90er Jahre erreicht – auch damals mit Genehmigung der Bischofskonferenz. In all diesen Jahren hat die KOO 160 Stunden an Personalkapazitäten zur Verfügung. Das Budget der KOO hat sich seit 2002 um durchschnittlich jährlich 2,8 Prozent erhöht.

## Vergleich KOO MO – Bischofskonferenz 2002 – 2016



DANKE